



17 Köpfe – Ihre kompetenten Ansprechpartner vor Ort

Kommunale Mandatsträger brauchen professionelle Unterstützung. Eine Fraktion braucht eine zentrale Anlaufstelle. Dieses leistet das Fraktionsbüro!

Büro SPD Ratsfraktion:	Büro SPD Unterbezirk Remscheid:	Büro Sven Wolf MdL:
Tel.: 02191/927430	Tel.: 02191/4600622	Tel.: 02191/8423564
Fax: 02191/927432	Fax: 02191/4603570	Fax: 02191/423567
E-Mail: info@rs-spd.de	E-Mail: UB.Remscheid.NRW@spd.de	E-Mail: antonio.scarpino@landtag.nrw.de

Elberfelder Straße 39
42853 Remscheid

www.spd-remscheid.de und www.svenwolf-remscheid.de

Sieben Gründe für ein »Ja zum DOC!«

Warum ein DOC in Remscheid?

Nordrhein-Westfalen ist mit 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik. In einem Umkreis von 90 Autominuten leben ca. 21 Millionen Menschen. Die Lage an der Autobahn A1 ist ideal. Hohe Kaufkraftabflüsse in der Region können mit dem DOC vermieden werden.

Wie groß wird das DOC in Remscheid?

Nach dem heutigen Planungsstand wird eine Verkaufsfläche von 15.000 bis 20.000 m² mit 100 bis 130 Geschäften entstehen.

Ist der Einzelhandel in Remscheid und im Umland gefährdet?

Nein, die Kaufkraftabflüsse aus den bestehenden Zentren werden gering sein. Das Sortiment eines DOC unterscheidet sich deutlich vom bestehenden Angebot des Handels.

Was bringt das DOC für Remscheid und das Umland?

Besucher eines DOC nehmen weite Anfahrtswege in Kauf – und das muss sich lohnen. Sie verbinden das Einkaufen mit dem Besuch von touristischen Punkten (Müngstener Brückenpark, Schwebelbahn Wuppertal, Schloss Burg, Deutsches Röntgen-Museum, Deutsches Werkzeugmuseum usw.). Auch die typisch Bergische Landschaft wird viele Besucher begeistern. Das DOC ermöglicht der Bergischen Region eine deutliche touristische Belebung.

Wer ist der Investor? Das Unternehmen hat sich auf den Bau und Betrieb von DOC spezialisiert. Es ist Europaweit das größte und gilt in der Branche als erfahrener und verlässlicher Partner.

Was wird im DOC angeboten? Hochwertige Bekleidung, Wäsche, Schuhe, Lederwaren und Sportartikel sind mit 80 % der Schwerpunkt des Angebots. Auf der restlichen Fläche werden Elektroartikel, Haushaltswaren, Wohnaccessoires, Schmuck und Kosmetik angeboten ergänzt durch gute Gastronomie.

Wie viel Arbeitsplätze werden neu geschaffen? Nach bisherigem Stand werden es 800 sein; davon sind 540 Voll- und Teilzeitarbeitsplätze. Damit wird das DOC einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel leisten.

Fazit Das Designer Outlet Center ist für Remscheid und die Bergische Region eine große Chance, die wir kein zweites Mal bekommen werden. In jeder Hinsicht wird sich das DOC positiv auf unsere Heimatstadt und die Region auswirken.

Deshalb: »Ja zum DOC!«

Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.doc-remscheid.de

Remscheider Magazin

V.I.S.D.P.: SPD REMSCHEID, ELBERFELDER STRASSE 39, 42855 REMSCHEID AUSGABE NR.2

SPD

Chancen für Remscheid:
800 neue **Arbeitsplätze**
und neue **Perspektiven** für
Wirtschaft und **Tourismus.**

**JA
ZUM
DOC!**

16.10.2011

« Sieben Gründe für ein »Ja zum DOC!«

Bürgerversicherung, KiBiz, Mindestlohn, Kindergeld »

Familienland Deutschland

Die SPD will Familien mit geringem Einkommen mit einer Reform des Kindergeldes deutlich besser stellen. Für die Stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig ist klar, zum neuen Familienprogramm gehören auch ein Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote bis 2020, ein Mindestlohn, eine Neuregelung von Elternzeit und Elterngeld sowie die bessere Vereinbarung von Beruf und Pflege.

Wir wollen, dass Deutschland familienfreundlicher wird. Familien gehören endlich wieder ins Zentrum der Politik. Denn sie übernehmen Verantwortung für einander – und für die gesamte Gesellschaft. Sie vermitteln Werte und tragen große Teile unseres sozialen Sicherungssystems. Sie sind das Fundament für die Entwicklung unserer Gesellschaft.

Kampf gegen Kinderarmut

Den Schwerpunkt legen wir dabei auf den Ausbau der Infrastruktur für Bildung und Betreuung. Aber auch bei der materiellen Sicherung setzen wir an. Die Situation: Wohlhabende profitieren derzeit über den Kinderfreibetrag deutlich mehr als Geringverdiener über das Kindergeld. Und der ergänzende Kinderzuschlag, der dazu beitragen soll, dass Familien nicht in die Grundsicherung abrutschen, ist vielen unbekannt und sehr kompliziert zu beantragen. In der Folge wachsen in unserem reichen Land

etwa 600.000 Kinder in verdeckter Armut auf.

Mehr Angebote für Betreuung und Bildung

Auch unser Bildungs- und Betreuungssystem ist immer noch nicht so gut, dass alle Kinder die Chancen bekommen, die sie verdienen – und Eltern ihren Beruf mit der Familie besser vereinbaren können. Das alles können und das wollen wir uns nicht länger leisten. Mit einer sozialdemokratischen Grundsicherung wollen wir Geringverdiener deutlich besserstellen. Und ihnen gleichzeitig mit dem flächendeckenden Ausbau der Ganztagskittas bis 2020 die Möglichkeit geben, ihr Leben nach ihren Wünschen zu gestalten.

Kindergeld – dort wo es gebraucht wird

Unsere Vorschläge sind konkret: Das neue Kindergeld wollen wir nach Einkommen staffeln. Wer

mit zwei Kindern weniger als 3000 Euro im Monat verdient, soll damit besser gestellt werden als heute. Das neue Kindergeld fasst das alte Kindergeld (für das erste und zweite Kind: 184 Euro) und den bisherigen Kinderzuschlag zusammen. Damit verbunden sollen aber auch Besserverdiener nicht mehr über den steuerlichen Kinderfreibetrag überdurchschnittlich profitieren.

Pflege unterstützen und anerkennen

Und es geht auch um die Pflege von Angehörigen. Wir wollen die bisher unbezahlte zehntägige berufliche Freistellung, die ein Beschäftigter nehmen kann, um die Pflege eines Angehörigen zu organisieren, mit einer Lohnersatzleistung ähnlich dem Kinderkrankengeld ausstatten. Darüber hinaus wollen wir ein flexibles Zeitbudget einführen, das 1000-Stunden – also rund sechs Monate – umfasst.

Manuela Schwesig,
stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und
Ministerin für Soziales und Gesundheit des
Landes Mecklenburg-Vorpommern

SOLIDARISCH, GERECHT UND LEISTUNGSFÄHIG

Die Bürgerversicherung

Mit unserem Konzept der Bürgerversicherung wollen wir perspektivisch alle Versicherten zum gleichen Bürgertarif versichern und ihnen so ein Angebot machen, wie die bestehende Zwei-Klassen-Medizin überwunden werden kann. Damit stärken wir die gemeinschaftliche Finanzierung, indem wir auch höhere Einkommen mit einbeziehen. Und wir erneuern das Leistungsversprechen der Gesundheitsversorgung auf neuer Grundlage.

Die Bürgerversicherung ist eine Versicherung für alle

Während die Bundesregierung aus der Zwei-Klassenmedizin mit Zusatzbeiträgen und Kopfpauschalen eine Drei-Klassen-Medizin machen will, sorgen wir dafür, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. In der

Bürgerversicherung entscheidet alleine die Schwere der Krankheit über Art und Schnelligkeit der Behandlung.

Die Bürgerversicherung ist solidarisch, weil künftig auch die hohen und höchsten Einkommen mit in der Versicherung sind

Es wird zukünftig keine Trennung zwischen gesetzlich und privat Versicherten mehr geben. Damit tragen auch die Besserverdiener zur Bürgerversicherung bei. Zusätzlich fließen Gewinne aus großen privaten Kapitalvermögen über die Zinsabgeltungssteuer in den Gesundheitsfonds.

Die Bürgerversicherung ist gerecht, weil alle entsprechend ihrem Einkommen in die Versicherung einzahlen

Die Arbeitgeber übernehmen

künftig wieder den gleichen Anteil an der Finanzierung wie die Arbeitnehmer, weil der Arbeitgeberbeitrag in der Bürgerversicherung auf die volle Lohnsumme erhoben wird. Und wir schaffen eine Möglichkeit für Geringverdiener, sich zu fairen Beiträgen zu versichern.

Die Bürgerversicherung ist leistungsfähig

Ihre Finanzierung über die drei Säulen Bürgerbeitrag, Arbeitgeberbeitrag und Steuerbeitrag sorgt dafür, dass ausreichend Mittel für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen. Durch gleiche Rahmenbedingungen für gesetzliche und private Krankenkassen werden falsche Anreize beseitigt, so dass sich alle darum kümmern können, die bestmögliche Versorgung zu gewährleisten.

Fünf Punkte für gute Arbeit

- 1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt** Schluss mit dem Missbrauch von Leiharbeit. Lohndumping und Tariffucht müssen gestoppt werden. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern muss geschlossen werden. Unbefristete und sozial abgesicherte Arbeit muss wieder die Regel sein.
- 2. Starkes Tarifsystem** Die Beschäftigten haben einen Anspruch auf einen gerechten Anteil am Aufschwung. Um dies durchzusetzen, bedarf es starker Gewerkschaften und flächendeckender Tarifverträge.
- 3. Gerechter Lohn für Gute Arbeit** Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro muss kommen. Lohndrückerei darf sich nicht auszahlen. Öffentliche Auftraggeber müssen mit gutem Beispiel der Tariftreue

vorangehen.

- 4. Mehr Qualifizierungsangebote für Beschäftigte** Deutschland braucht eine „Allianz für Fachkräfte“. Jeder junge Mensch muss die Chance erhalten, einen Beruf zu erlernen.
- 5. Neue Qualität der Arbeit** Die Arbeit muss mit Leben und Familie vereinbar sein. Dazu brauchen wir mehr Kittas und Ganztagskittas und vor allem auch neue intelligente Arbeitszeitmodelle.



Drittes Kindergartenjahr frei!

Im Kindesalter werden die entscheidenden Grundlagen gelegt. Daher sind Investitionen in gute frühkindliche Bildung besonders wichtig. Mit den Änderungen beim Kinderbildungsgesetz (KiBiz) setzen wir das in die Tat um, was wir vor der Wahl gesagt haben: Wir wollen kein Kind zurück lassen!

Ab August 2011 ist das letzte Kindergartenjahr in ganz Nordrhein-Westfalen beitragsfrei

Für uns ist klar: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir verbessern die Qualität von Betreuung und Bildung in den Kittas. Die Gruppen der unter Dreijährigen werden personell verstärkt. Erzieherinnen und Erzieher werden von bürokratischen Aufgaben entlastet.

Die Mitwirkungsrechte der Eltern in den Kindertageseinrichtungen werden gestärkt

Für Kinder mit Behinderungen gibt es deutliche Verbesserungen. Wir bringen 1.000 zusätzliche Berufspraktikantinnen und -praktikanten in die Kittas.

Für uns bleibt es dabei: Wir wollen unsere Kinder früh fördern, damit sie später ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir investieren in Bildung, um soziale Folgekosten zu verhindern. Das ist verantwortungsvolle Politik für Nordrhein-Westfalen.

SCHULKOMPROMISS IM LAND

Klarheit für die Zukunft der Remscheider Schullandschaft

Die Entwicklung der Schülerzahlen und die demographische Prognose in unserer Stadt belegen, dass sich die Schullandschaft einer Veränderung stellen muss. Die anhaltend hohe Zahl an Abweisungen an den beiden bestehenden Remscheider Gesamtschulen belegt in den zurückliegenden Jahren, dass das vorhandene Angebot an integrierten Ganztagskittas nicht der Nachfrage entspricht. Nachdem die ehemalige Landesregierung zu erkennen gegeben hatte, dass die Einrichtung weiterer Gesamtschulen nicht be-

fürwortet wird, besteht mit der neuen Landesregierung die Möglichkeit die Gründung einer neuen Gesamtschule in unserer Stadt zu forcieren, um mit ihrem Aufbau zum Schuljahr 2013/14 beginnen zu können. Der Schulkompromiss schafft wieder Planungssicherheit – und macht den Weg frei für Remscheids neue Gesamtschule! Die Remscheider SPD befürwortet deshalb die Gründung der dritten Remscheider Gesamtschule, um dem Elternwillen endlich nachkommen zu können.

